



DISKUSSIONSPAPIER DER SPD-GRUNDWERTEKOMMISSION

„SOZIALDEMOKRATISCHE GRUNDWERTE IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT: DIE HERAUSFORDERUNG DER 4. INDUSTRIELLEN REVOLUTION.“

SEPTEMBER 2015



INHALT:

- 1. DIE GESELLSCHAFT IM DIGITALEN WANDEL**
- 2. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN GRUNDWERTE**
- 3. FREIHEIT**
- 4. GERECHTIGKEIT**
- 5. SOLIDARITÄT**
- 6. ARBEIT**
- 7. SOZIALDEMOKRATISCHE WERTEPOLITIK IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT**



1. DIE GESELLSCHAFT IM DIGITALEN WANDEL

Die Gesellschaft verändert sich rasant und wir erkennen gerade erst die Konturen der heraufziehenden neuen Formation, die durch die digitale Revolution und rapiden technologischen Fortschritt hervorgebracht wird. Die digitale Gesellschaft der Zukunft hat ihre Form- und Funktionsbestimmung noch nicht gefunden. Neben einer drastisch erhöhten Umschlaggeschwindigkeit von Waren- und Informationsströmen, einer zunehmenden Entmaterialisierung der Wertschöpfung und einem relativen Bedeutungsverlust geografisch eingegrenzter Institutionen wie der Nationalstaaten zeichnen sich neue soziale Muster und Praktiken, neue Formen der Bindung und Verbundenheit, vor allem aber neue Formen der Erwerbsarbeit ab.

Leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Netzwerkinfrastrukturen eröffnen neue Möglichkeiten zur Realisierung von Produktivitäts- und Effizienzfortschritten sowie bei der Entwicklung und Nutzung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Sie bieten die Chance, die Lebensqualität zu erhöhen und Nachhaltigkeit durch neue Formen der Energieeinsparung und der Vermeidung von Überproduktion dauerhaft in unseren Produktions- und Konsumtionsprozessen zu verankern. Digitale Anwendungen helfen auch bei der Bewältigung von steigenden Verkehrsmengen und den Folgen des demographischen Wandels, sie ermöglichen Kostensenkungen bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung von Produkten und Dienstleistungen. Die neuen Technologien fordern uns aber auch heraus, wenn es um die Verteilung des wachsenden Wohlstands, die Arbeitsplatzsubstitution, den Datenschutz, die Sicherung demokratischer Beteiligungsrechte, die Bewahrung unserer Autonomie und den Schutz vor digitaler Überforderung geht.

Nach allem was wir wissen, erweitern die alltäglich und omnipräsent werdenden digitalen Maschinen unsere Möglichkeiten, legen uns aber auch neue Beschränkungen und Zwänge auf. Sie verändern gleichermaßen unsere Institutionen wie unsere sozialen Praktiken und eröffnen neue, noch nicht vermessene und erst recht nicht verrechtlichte Dimensionen des Handelns. Die neuen Sphären der digitalen Gesellschaft bringen also sowohl eine neue Ermächtigung wie eine neue Beschränktheit des Menschen mit sich. Bislang nicht bekannte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung stehen unverbunden neben einer in der Vergangenheit ebenfalls nicht vorhersehbaren Schutzbedürftigkeit des Individuums vor digitaler Überforderung, sozialer Stigmatisierung und der Beraubung seines geistigen Eigentums durch datenwütige Internetkonzerne.

Der uns bekannte Raum der Orte wird mehr und mehr ersetzt durch einen Raum der Ströme. Dort pulsieren 24 Stunden am Tag Daten in Gestalt von Informationen, Arbeitsprodukten und privaten wie



geschäftlichen Transaktionen. Die Verlagerung der zentralen Aktions- und Aushandlungsorte in die digitale Sphäre führt auch zu neuen Machtarchitekturen. Macht gewinnen heute diejenigen – von Google bis zur NSA – die über die meisten Daten, die besten Algorithmen und die leistungsstärksten Computer verfügen.

Die Auswirkungen der Digitalisierung für unsere Gesellschaft und Demokratie werden erst nach und nach sichtbar. Während viele Bereiche von Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft durch einzelne disruptive Innovationen erschüttert und vielfach nachhaltig transformiert werden, sind die Auswirkungen der Digitalisierung als alle Lebensbereiche berührendes Totalphänomen zur Zeit bestenfalls in Umrissen erkennbar. Neuere Forschungsprojekte, die aufzeigen, wie sich persönliche Identitäten im Cyberspace anders manifestieren und wie sogar die Funktionsweisen des Gehirns sich ändern, markieren deutlich die Reichweite der epochalen Veränderungen, die um uns herum stattfinden. Es besteht daher ein großer Bedarf nach langfristig ausgelegten Gestaltungsideen.

Wirtschaftlich können wir mit einer „Automatisierungsdividende“ aus der weiteren Digitalisierung der Industrieproduktion sowie der Entstehung neuer digitaler Dienstleistungen rechnen. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach zu. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die unmittelbar von diesem Produktivitätsanstieg profitieren, denn einerseits nimmt die Zahl der in den hochautomatisierten Betrieben Beschäftigten tendenziell ab und andererseits wird der größere Teil des ökonomischen Ertrags einer digitalisierten Wirtschaft auf einige Branchen der Export- und Digitalwirtschaft entfallen. Diese aber werden nur für eine relativ kleine Zahl von Beschäftigteneliten Arbeitsplätze bereitstellen. Insofern droht hier die Gefahr einer Zweiteilung des Einkommensgefüges aus Lohnarbeit: Immer höhere Löhne im Bereich der hoch konkurrenzfähigen Weltmarktindustrien, die sich von der normalen Einkommensentwicklung im Land abgekoppelt haben. Schon heute erklären sich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen u.a. dadurch, dass die hoch bezahlten Industriearbeitsplätze mehrheitlich von Männern besetzt werden.

Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen: Wozu soll die Automatisierungsdividende eingesetzt werden? Wie verhindern wir eine weitere Spreizung der Einkommen? Und wie können wir Wohlstandszugewinne so verteilen, dass sie unsere Gesellschaft – etwa durch eine Stärkung der sozialen Berufe – lebenswerter machen? Wir wollen, dass aus der Digitalisierung als technische Innovation auch eine soziale Innovation wird, dass die Kommunikationsrevolution sich auch positiv auf unser Zusammenleben und die Art und Weise, wie wir als Gesellschaft über alle betreffenden Dinge kommunizieren, auswirkt. Dazu soll dieses Papier Denkanstöße liefern. Wir orientieren uns hierbei an



den drei sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ein besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus den Veränderungen der Arbeit in der digitalisierten Gesellschaft. Diesen Schwerpunkt setzen wir aus zwei Gründen: Zum einen ist Arbeit das zentrale Thema der Sozialdemokratie. Und zum anderen ist es genau die Arbeit, die im Moment von der stärksten Veränderungsdynamik erfasst ist.

2. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN GRUNDWERTE

Die digitale Revolution wirft Fragen auf, die sozialdemokratische Grundwerte in ihrer Substanz betreffen. Der vorliegende Text fragt nach der politischen Gestaltbarkeit des digitalen Wandels und den langfristigen Veränderungen, die sich aus der digitalen Vernetzung für Wertschöpfung, Wissensproduktion, Arbeit und sozialen Zusammenhalt ergeben.

Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen die europäische Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen. Diese Grundwerte sind inspiriert von der Philosophie der Aufklärung und der Französischen Revolution. Sie waren für die Arbeiterbewegung orientierend, weil es immer wieder gelang, ihren Kerngehalt auf veränderte Zeiten zu beziehen. Von der Industrialisierung bis zur modernen Wissensökonomie, vom Kaiserreich bis ins wiedervereinigte und demokratische Deutschland wurden die Grundwerte immer wieder neu interpretiert und auf veränderte Umstände bezogen, um sie in ihrem Wesenskern zu erhalten.

Die Digitalisierung macht einen solchen neuerlichen Durchmusterungsprozess aus zwei Gründen erforderlich: Erstens verändert die ablaufende Transformation die bestehenden Muster des Wirtschaftens, Lebens und Lernens. Zweitens – und das erscheint ungleich wichtiger – fügt sie den uns bekannten Räumen des Handelns eine komplett neue Sphäre hinzu: den virtuellen Raum, in dem Menschen beruflich und privat immer mehr ihrer Zeit verbringen. Dieser Raum ist eng verwoben mit der realen Welt, hat aber völlig neue Qualitäten. Er ist hinsichtlich seiner sozialen und rechtlichen Normen, seiner Ausdehnung und Einfügung in unsere Gesellschaften noch nicht einmal im Ansatz definiert, geschweige denn geordnet und reglementiert.

Die hoch dynamische Entstehung eines solchen neuen Raumes wirft zwangsläufig Fragen für die Grundwerte der Sozialdemokratie auf. Auf Grundlage sozialdemokratischer Werte müssen Antworten für die Kernprobleme der digitalen Gesellschaft gefunden werden. Im Anschluss an die inhaltlichen Fragen müssen auch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisationsformen neu gedacht werden – ein Versuch, den dieses Papier nicht wagt. Die Sozialdemokratie steht also vor einer doppelten



Herausforderung, geht es doch einerseits um eine Übertragung ihrer Grundwerte in einen politischen Rahmen für die digitale Sphäre und andererseits um die Modernisierung ihrer eigenen Organisationsform. In dieser Verbindung liegt der Schlüssel, die zweifelsohne riesigen Potentiale der digitalen Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls auszuschöpfen und gleichzeitig die ebenfalls unbestreitbaren Gefahren in den Griff zu bekommen. Wir fokussieren hier auf die drei zentralen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

3. FREIHEIT

Die Sozialdemokratie war in ihrem Ursprung und in ihrer Geschichte immer eine Freiheitsbewegung. Es ging ihr darum, Menschen dazu zu ermächtigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie hat dabei ein umfassendes Freiheitsverständnis entwickelt. Freiheit ist nicht nur die Freiheit von Willkür und Unterdrückung im Sinne der abwehrenden Freiheitsrechte, die vor Übergriffen des Staates oder der Gesellschaft schützen. Freiheit ist auch die Freiheit von Not und Furcht und damit die Verfügungsmacht über die materiellen Möglichkeiten zu einem selbstbestimmten Leben im Sinne der ermöglichenden Freiheitsrechte. Diese anspruchsvolle Freiheit steht jedem Menschen gleichermaßen als Individuum zu, aber sie ist nur gesellschaftlich sicherzustellen.

Auf die Chance, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen, wirkt die Digitalisierung widersprüchlich. Die Selbstorganisation von gesellschaftlichen Minderheiten, neue Formen der Partizipation und Teilhabe und mehr Souveränität über die eigene Lebensumwelt – mit Hilfe des Internets können Freiheitsmotive verstärkt werden. Die mit dem Internet verbundenen Freiheitspotentiale sind immens. Zugleich zeigt sich auch bei der Digitalisierung das auf Platon zurückgehende Paradoxon der Freiheit: Freiheitschancen ohne Regulierung führen zu mehr Freiheiten für einige wenige Starke und zu weniger Freiheiten für die Schwachen.

Die Digitalisierung eröffnet etwa neue Räume, in denen sich Interessen artikulieren und formieren können und damit mehr Freiheitsspielräume entstehen. So können sich etwa in sozialen Netzwerken stigmatisierte oder ausgegrenzte gesellschaftliche Gruppen über räumliche Grenzen hinweg austauschen und organisieren und damit auch tägliche Ausgrenzungserfahrungen kompensieren. Ihr Freiheitsspielraum wächst. Zugleich zeigen sich bei den exponentiell wachsenden Datenmassen aber auch die freiheitsgefährdenden Potentiale der Digitalisierung. Jeder hinterlässt digitale Spuren. Diese Daten werden von professionellen Anbietern zusammengeführt und mit immer raffinierteren Algorithmen ausgewertet.



Für den Konsumenten hat das durchaus verführerische Konsequenzen: Ich erhalte passgenaue Angebote. Allerdings bezahle ich dafür mit meinen Daten. Die Folge davon: mit beeindruckender mathematischer Genauigkeit kann nicht nur das menschliche Verhalten vorhergesagt werden, auch menschliche Beziehungen untereinander und damit der gesellschaftliche Zusammenhang werden zu berechenbaren Größen. Interesse daran besteht vor allem aus zwei Richtungen: Von Seiten privater Unternehmen im Sinne ihrer Profitmaximierung und von staatlicher Seite im Sinne geheimdienstlicher Überwachung. So unterschiedlich die beiden Akteurs-Konstellationen sind, so ähnlich sind ihre Interessen: Sie wollen am besten vollständige Transparenz über das menschliche Handeln, um es vorhersagen zu können. Privatheit, der Rückzug aus der öffentlichen Beobachtung, soll überwunden werden.

Was aber passiert mit einer offenen Gesellschaft, wenn sie zu einer vollständig transparenten, gleichsam nackten Gesellschaft wird? Die Antwort ist eindeutig: Eine vollständig transparente Gesellschaft wird zu einer unfreien Gesellschaft. Wenn nicht nur jeder Click nachvollzogen werden kann, sondern auch jede Bewegung, stellt sich unweigerlich die Frage: Wird das gegen mich verwendet? Wenn ja, wie und von wem?

Privatheit ist die Voraussetzung von Autonomie. Wirklich freie Entscheidungen sind nur dann möglich, wenn klar ist, dass nicht jede meiner Handlungen öffentlich ist und Konsequenzen hat. Juli Zeh hat es treffend auf den Punkt gebracht: „Wer von allen Seiten angestarrt wird geht jeder Chance verlustig, sich frei zu entwickeln“. Wie recht sie hat, bestätigt indirekt die Empfehlung des Google-Verwaltungsratsvorsitzen Eric Schmidt: „Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.“ Eine offene Gesellschaft braucht auch geschützte Räume, Vertrauen und Vertraulichkeit und die Gewissheit, dass das Individuum selbst darüber entscheidet, was es anderen zugänglich machen will und was nicht.

Grundsätzliche Einwände gegen diese Behauptung kommen von Post-Privacy-Protagonisten. Sie gehen davon aus, dass Privatheit, Datenschutz und damit mögliche individuelle Datensouveränität von der technischen Wirklichkeit überholte Konzepte sind, die angesichts unserer digitalisierten Welt schlicht nicht mehr funktionieren. Stattdessen komme es darauf an, eine Gesellschaft zu schaffen, in der niemand mehr die Diskriminierung aufgrund einer öffentlich gewordenen Information fürchten müsse. Weltanschauungen, sexuelle Präferenzen, Glaube, Träume – die Öffentlichkeit all dieser Informationen über das Individuum müssten völlig unproblematisch sein, weil niemand mehr negative Folgen dieser Informationen scheuen müsse – so diese Position.



Mindestens drei Einwände müssen gegen diese Vorstellung formuliert werden: Erstens wird hier die sich gegenwärtig abzeichnende technisch-kapitalistische Entwicklung als gegeben angenommen. Zweifellos ist sie aber menschengemacht und entsprechend auch von Menschen gestaltbar. Zweitens ist eine Gesellschaft, in der jede Information transparent sein kann, ohne dass das Individuum diskriminiert wird, nicht nur schwer vorstellbar, vor allem ist ihr dauerhafter Bestand unwahrscheinlich. In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es in vielen Teilen der Welt Rückschritte in Bezug auf einmal erreichte Freiheitsgrade. Was passiert also, wenn die einst bestehende Liberalität zurückgenommen wird, die Daten über mich aber nach wie vor vorliegen? Und drittens schließlich blenden die Post-Privacy-Protagonisten aus, dass es ein entscheidendes Merkmal eines freien Individuums ist, selbst darüber zu entscheiden, wie viel von meinem Innersten nach außen getragen werden soll. Nur wer selbst darüber entscheiden kann, was öffentlich wird und was nicht, ist wirklich frei. Und nur unter diesen Bedingungen kann sich eine freie Gesellschaft entfalten.

Was also tun, wenn ich darüber entscheide will, welche Nachrichten ich lese und nicht der Algorithmus, wenn ich mich für eine Sportart entscheiden will und dies nicht die Risikobewertung meiner Krankenkasse für mich erledigen soll? Was also tun, um die Chancen der Digitalisierung für eine freie Gesellschaft zu nutzen und die Risiken zu minimieren? Es gilt die Akteure in den Blick zu nehmen, die das größte Interesse an dem gläsernen und berechenbaren Menschen und der nackten Gesellschaft haben, die privaten Konzerne und die staatlichen Überwachungsstrukturen.

Staatlichen Akteuren kommt eine janusköpfige Rolle bei Fragen der freien Gesellschaft zu. Einerseits sind sie es – vor allem die Geheimdienste der „Five Eyes“ (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada) – die die Überwachung in einem Maß forciert haben, welches sich selbst George Orwell kaum hätte ausdenken können. Andererseits sind es natürlich auch demokratische staatliche Strukturen, die Rahmenbedingungen für die digitalisierte Gesellschaft aushandeln und durchsetzen können. Angesichts der Reichweite dieser Fragen ist klar, dass es dabei auf transnationales Handeln ankommt. Die europäische Ebene könnte dabei eine besonders wichtige Rolle spielen, wenn sie den Handlungsbedarf in diesem Bereich endlich erkennen und konsequent angehen würde. Handlungsfelder sind hier neben der Europäischen Datenschutzgrundverordnung vor allem überfällige Maßnahmen, um die Internet-Konzerne aus dem Silicon Valley zumindest bei ihren europäischen Aktivitäten auch europäischem Recht zu unterwerfen.

In Bezug auf privatwirtschaftliche Konzerne ist die technische Infrastruktur selbst in den Blick zu nehmen. Wichtige europäische Datenleitungen sind im Besitz britischer und US-amerikanischer



Unternehmen, auf die wiederum von den Geheimdiensten der jeweiligen Länder zugegriffen wird. Wer nicht will, dass, wie Peter Glotz schon 2000 weitsichtig formuliert hat, „die wichtigste Branche des 21. Jahrhunderts einer Handvoll internationaler Großkonzerne“ ausgeliefert wird, der muss über öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter reden. Mittelfristig würde das auch eine echte Netzneutralität gewährleisten.

Die entscheidende Frage allerdings wird der Umgang mit den „Rohstoffen des 21. Jahrhunderts“, den Daten, sein. Auch hier zeigt sich eine problematische Tendenz zu Datenmonopolen bei einigen wenigen Konzernen: Amazon, Facebook, Google usw. Es ist das natürliche Interesse dieser Konzerne, ihren Profit zu steigern und dafür immer mehr Daten zu nutzen, zu kombinieren und zu vermarkten. Im Interesse einer freien Gesellschaft muss dieses Interesse aber eingehegt werden.

Völlig ungeklärt sind bislang Fragen des transnationalen Datenschutzes, denn Konzerne wie Google erkennen den europäischen Datenschutzstandard nur höchst widerwillig an und müssen von Gerichten sogar zum Einhalten elementarer Normen mühsam verpflichtet werden. Mehr noch: Einige der digitalen Superautoritäten gehen davon aus, dass die demokratischen verfassten Regelwerke der Nationalstaaten nicht für sie gelten. Die Mischung aus Digitalisierung, Globalisierung und schlicht Chuzpe, mit der einige Großkonzerne weltumspannend agieren und selektiv die jeweils für sie beste Rechtslage nutzen, kann diese Unternehmen momentan nur in dieser Wahrnehmung bestärken.

Zudem hat Big Data massiven Einfluss auf unsere Wissensproduktion und die Art und Weise, wie wir zu Erkenntnissen finden. Chris Anderson, langjähriger Chefredakteur der Zeitschrift Wired, rief bereits „das Ende der Theorie“ aus. Ihm zufolge führt die massenhafte Verfügbarkeit analysierbarer Daten dazu, dass man die Ursachen und Wirkungen von Krankheiten, Märkten und Verbrechen nicht mehr verstehen muss, sondern durch blitzschnelles Durchforsten von riesigen Datenmengen Muster und Korrelationen erkennt, die quasi blind, also ohne erkenntnistheoretische Prämissen, Voraussagen von Trends erlauben.

Insofern berührt Big Data auch sozialdemokratische Grundwerte jenseits rechtsstaatlicher Errungenschaften: Denn Freiheit heißt auch Kontrollfähigkeit. Können die Menschen in Kontrolle bleiben, wenn die Daten regieren? Ist die Suche nach Erklärungen, Ursachen und Hypothesen nicht längst überholt, wenn man riesige Datenmenge auf jede Fragestellung hin überprüfen kann? Welche Rolle spielt die Ethik bei solchen Analysen und daraus abgeleitet sozialtechnologischen Steuerungsansätzen? Fragen über Fragen – und keine Big Data-Antwort möglich.

Modelle der Sozialisierung der Daten, wie sie Evgeny Morozov vorgeschlagen hat, sind genau deswegen hoch interessant. In seinem Entwurf würden Daten verschlüsselt in einer allgemein zugänglichen



Datenbank lagern, der Handel mit ihnen wäre verboten. Auch die Möglichkeit, bei einem Konzern entstandene Daten auf Wunsch des Nutzers auch anderen Konzernen zur Verfügung zu stellen, ist ein vielversprechender Diskussionsansatz, um die Selbstbestimmung des Nutzers über ihn betreffende Daten zu stärken. Schließlich muss es darum gehen, mit einem zeitgemäßen Datenschutz die Datensouveränität des Einzelnen zu stärken. Denn die Daten mögen zwar von Konzernen gesammelt und in der Interaktion mit Dritten entstanden sein, verursacht wurden sie aber von einem Individuum, dessen Recht es sein muss, über sie zu verfügen.

Diese Beispiele zeigen die Gestaltbarkeit der Digitalisierung, aber auch die dringende Notwendigkeit zur Gestaltung. Es war die Sozialdemokratie, der es gelungen ist, die gesellschaftliche Umwälzung der Industrialisierung in mehr Freiheit für den Einzelnen zu übersetzen. Es ist ihre Aufgabe, auch die Digitalisierung in mehr gleich verteilte Freiheitspielräume zu übersetzen.

4. GERECHTIGKEIT

Was bedeutet Gerechtigkeit in einem Zeitalter, in dem der Zugang zum Internet immer mehr zur Voraussetzung für Orientierung in der Welt, für Erwerbschancen, qualifizierte Arbeit und soziale Verständigung wird? In der neue Monopole entstehen, die in „the winner takes it all“-Manier traditionelle Branchen hinwegfegen und in bis dato unvorstellbar kurzer Zeit gigantische Vermögen anhäufen?

Fest steht: Beteiligungschancen und Einkommensmöglichkeiten sind immer mehr durch den Zugang zum Internet geprägt. Neben den unterschiedlichen Möglichkeiten (Qualität, Geschwindigkeit etc.) führen auch die unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten zur Nutzung (Medienkompetenz etc.) in erheblichem Maß zu Ungleichheiten. Im Falle des sich ausbreitenden Cloud- und Crowd-Workings ist der schnelle Zugang zum Netz die zentrale Zugangsvoraussetzung zur Teilnahme an diesem Arbeitsmarkt. Umgekehrt gilt, dass sich durch Internet-Arbeit Inklusionschancen für jene eröffnen, die für den normalen Arbeitsmarkt aus verschiedenen Gründen (räumliche Lokalisierung, zeitliche Verfügbarkeit) nicht zur Verfügung stehen. Die arbeitsmarktpolitischen Folgen der Digitalisierung werden enorme Herausforderungen für gesellschaftliche Gerechtigkeit mit sich bringen.

Die durch den technologischen Fortschritt getriebenen Entwicklungen werden nicht nur die schon vorhandenen Ungleichheiten verschärfen, sondern auch neue entstehen lassen – und zwar in einer Zeit, in der wir, wie Thomas Piketty eindrucksvoll gezeigt hat, schon wieder ein unhaltbares Maß an Ungleichheit erreicht haben. Die Untersuchungen von Digitalisierungsexperten wie Erik Brynjolfsson



und Andrew McAfee lassen vermuten, dass uns das Schlimmste noch bevorsteht. Entwicklungen, die wahrscheinlich die gesellschaftliche Polarisierung verstärken werden, treffen uns mit voller Wucht, sobald die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen digitaler Technologien schneller um sich greifen.

Erik Brynjolfsson konstatiert:

„Zwar können technologische Innovationen den wirtschaftlichen Kuchen vergrößern, [...] aber es gibt kein wirtschaftliches Gesetz, das garantieren könnte, dass von diesen technologischen Entwicklungen alle Menschen gleichermaßen profitieren werden. [...] Vielleicht werden 50 Prozent oder mehr der Menschen nichts vom technologischen Fortschritt haben, die Datenlage aus den vergangenen 10 bis 15 Jahren lässt dies vermuten. Der zu verteilende Kuchen ist zwar größer geworden, aber den größten Nutzen wird eine relativ kleine Gruppe daraus ziehen.“

Kombiniert man die Perspektive von Piketty, der in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ fundamentale strukturelle Probleme im primären Verteilungssystem aufzeigt, mit der von Brynjolfsson und McAfee, die auf die zunehmenden zukünftigen Auswirkungen digitaler Technologien hinweisen, stößt man auf ein gravierendes politisches Problem: Wenn einem Großteil der Mittelklasse tatsächlich ohne eigenes Verschulden Arbeitslosigkeit oder die Entwertung der eigenen Berufsbiografie droht, wird sich der politische Druck bedrohlich erhöhen.

Wie bereits angedeutet, scheinen vor allem die Arbeitsmärkte den Kräften der disruptiven Modernisierung ausgesetzt und Schauplatz von aufkommenden Gerechtigkeitsproblemen zu sein. Ein großer Teil der Aufgaben, die heute typischerweise im Büro oder in der Fertigung anfallen, können und werden in den kommenden Jahren automatisiert. Im Rahmen einer Studie über den US-Arbeitsmarkt kamen Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne von der Oxford University zu dem Schluss, dass etwa 47 Prozent aller Berufe in den USA gefährdet sind. Obwohl über die langfristigen Auswirkungen der digitalen Revolution kontrovers debattiert wird, ist man sich weitgehend einig, dass auf kurze Sicht erhebliche Probleme zu befürchten sind. Das Pew Research Centre hat fast 2000 Experten zu ihren Erwartungen für die kommenden zehn Jahre befragt. „Die Hälfte dieser Experten (48 Prozent) stellt sich eine Zukunft vor, in der Roboter und Computerprogramme zahlreiche Arbeiter und Angestellte verdrängt haben werden. Viele der Befragten befürchten, dass Einkommens-Ungleichheiten massiv zunehmen, breite Bevölkerungsschichten nicht mehr beschäftigt werden können und die gesellschaftliche Ordnung dadurch gestört wird. Die andere Hälfte (52 Prozent) der Experten erwartet, dass die technologische Entwicklung genau so viele Arbeitsplätze verdrängen wird, wie sie bis 2025 neue schafft. Auch diese Gruppe erwartet, dass viele der Tätigkeiten, die heute von Menschen ausgeführt



werden, bis 2025 größtenteils von Robotern und Software übernommen werden. Aber sie sind davon überzeugt, dass der menschliche Erfindergeist neue Arbeitsplätze, Branchen und Möglichkeiten hervorbringt, damit die Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen können, wie es seit der industriellen Revolution zu beobachten ist.“

Diese Einschätzungen sind keineswegs auf unterschiedliche Meinungen über die kurzfristigen Auswirkungen der digitalen Revolution zurückzuführen. Sie wurzeln vielmehr in der Frage, ob die Wirtschaft historische Entwicklungen wiederholen und mehr Arbeitsplätze schaffen kann, als durch technologisch bedingte Veränderungen vernichtet werden. Aktuelle Forschungsergebnisse über den Bereich der Hochtechnologie-Industrie in den USA lassen eher darauf schließen, dass deutlich weniger Jobs geschaffen werden als durch Automatisierung verloren gehen. Aber selbst wenn positivere Szenarien eintreten besteht die Gefahr, dass es vorübergehend zu massiver Arbeitslosigkeit kommt. Deswegen ist es dringend geboten, dass die Politik gestaltend eingreift.

Wenn Arbeitsplätze überflüssig werden oder Berufsbilder sich komplett verändern, ist eine proaktive Bildungspolitik gefragt. Deshalb ist die heute praktizierte Bildungspolitik dringend zu überdenken. In Zeiten, in denen der direkte Zugang zu globalen Informationen und Daten als gegeben angenommen wird, sollten insbesondere kreative und analytische Fähigkeiten gefördert werden, damit aus Informationen und Daten Wissen entstehen kann. Darüber hinaus sind entscheidende Fragen zu klären, die in der politischen Debatte noch gar nicht angekommen sind. Sie betreffen die Verteilung verbliebener Arbeit und den Schutz der sozialen Aspekte von Arbeit, nicht nur von Einkommen.

Der Ruf nach einem Überdenken der Arbeitszeiten wird aus den Reihen der Gewerkschaften aber auch aus Unternehmerkreisen, genannt seien hier etwa Larry Page von Google oder Richard Branson von Virgin, immer lauter. Wenn immer mehr mit tendenziell immer weniger Arbeit produziert werden kann, macht es Sinn, unabhängig vom Potential der Neuschaffung über die Verteilung der verbliebenen Arbeit neu nachzudenken. Hier könnte die Digitalisierungsdividende genutzt werden, um einerseits mehr Menschen in Arbeit zu halten und gleichzeitig die private Freiheit weiter zu erhöhen. Ob die Digitalisierungsdividende einige wenige reich machen und den Druck auf dem Arbeitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft radikal erhöhen wird, oder ob sie vor allem zu einer Neustrukturierung von Arbeit und Freizeit führt, ist vor allem eine Verteilungsfrage und somit eine direkte Herausforderung für das Gerechtigkeitsverständnis der Sozialdemokratie.

5. SOLIDARITÄT



Solidarität war für die Arbeiterbewegung die Chance, Freiheit auch unter ungleichen Bedingungen zu ermöglichen. Durch die Bereitschaft zur Anteilnahme am Anderen konnten entwürdigende Umstände überwunden werden. Durch den Sozialstaat wurde Solidarität konkret greifbar. In Zeiten der Digitalisierung verändern sich die Bedingungen für ein solidarisches Miteinander in vielfacher Hinsicht. Angesichts sich parzellierender Öffentlichkeit, der Entbetrieblichung der Arbeit, der veränderten Anforderungen an den Sozialstaat und eines wirkmächtigen libertären Diskurses wird Solidarität gleichzeitig schwieriger und notwendiger.

Solidarität steht im Zeitalter sich immer mehr parzellierender Öffentlichkeit unter Druck. Soziale Netzwerke, auf einzelne Nutzer oder Teilgruppen bezogene Nachrichtenangebote und Suchmaschinen führen zu einem veränderten und oft verengten Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Debattenräume und Öffentlichkeiten differenzieren sich aus und werden selbstreferentieller. Solidarität – die überobligatorische Bereitschaft zur Anteilnahme am Anderen – wird so immer unwahrscheinlicher, da der Andere immer weniger ins eigene Blickfeld gerät.

Für die Arbeiterbewegung, die Solidarität auch auf betrieblicher Ebene organisiert hat, stellen sich immense Herausforderungen allein durch die Entbetrieblichung der Arbeit. Der Ort, an dem früher oft Solidarität geübt wurde, löst sich mehr und mehr auf. Neue Formen der solidarischen Organisation für die Click- und Cloud-Worker sind bisher nur unzureichend entwickelt, auch wenn die Gewerkschaften, die sich selbst gerade durchaus erfolgreich an die neuen Gegebenheiten anpassen, hier erste Antworten gefunden haben.

Auch auf Ebene der nationalen Sozialstaaten zeigen sich immense Umbrüche. Wenn US-amerikanische kulturelle Trends ein Vorbild für die Digitalisierung in Deutschland und Europa werden, so steht die institutionalisierte Solidarität der europäischen Wohlfahrtsstaaten zur Disposition. Die immer häufiger aus dem Silicon Valley zu vernehmenden Rufe nach einem libertär ausgeprägten bedingungslosen Grundeinkommen sind nicht nur dazu gedacht makroökonomischen Probleme der angebotsseitigen digitalen Revolution entgegenzuwirken – jedes Angebot braucht schließlich auch seine Nachfrage – sondern sie basieren grundsätzlich auch auf einem libertären Verständnis gesellschaftlicher Organisation.

Wie von Nathan Schneider im Vice Magazine beschrieben, sehen beispielsweise die Finanzelite der USA, aber auch die Matadoren des Silicon Valleys, keine notwendige Verbindung von Wohlfahrt und Wohlfahrtsstaat. So gehen Vorschläge zur Finanzierung des Grundeinkommens auch in die Richtung der Rückführung staatlicher Leistungen. Diese Version eines libertär ausgelegten Grundeinkommens



bedeutet im Klartext eine Entsolidarisierung und damit Individualisierung der Absicherung von Lebensrisiken. Es legt also intellektuell die Axt an die Grundlage des europäischen Sozialstaatsmodells: der kollektiven Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Wer ein Grundeinkommen bezieht kann sich individuell gegen seine Risiken absichern – so die Argumentation.

In diesem Zusammenhang muss auch betrachtet werden, dass die bereits beschriebenen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt auch die paritätische Finanzierung der deutschen Sozialversicherungssysteme stark in Bedrängnis bringen können. Wenn die Entbetrieblichung und die Diversifizierung der Arbeitsmodelle weiter voranschreitet, muss dieses gesamte System neu gedacht und strategisch erweitert werden, damit die langfristige Finanzierung des Wohlfahrtsstaats gesichert ist und auch Freelancer und andere Beschäftigungsformen besser abgedeckt werden. Was heute noch gerne als atypische Arbeit deklariert wird, kann in Zukunft eine typische Arbeitsform werden und der Wohlfahrtsstaat muss darauf reagieren.

Die Tatsache, dass durch diese strukturellen Probleme der Wohlfahrtsstaat unterwandert werden kann, zumal wenn alternative libertäre Modelle bereits vorliegen, zeigt wie wichtig es ist, dass die Sozialdemokratie die Idee der gesellschaftlichen Solidarität und ihre Institutionalisierung in Zeiten der Digitalisierung neu denken muss. Der technologische Wandel erfordert mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn seine Möglichkeiten breit genutzt und die Gefahren kollektiv abgesichert werden sollen. Die libertären Konzepte eines „jeder für sich selbst“ sind aber schon weit gediehen.

6. ARBEIT

Angesichts der Zentralität des Themas Arbeit für die Sozialdemokratie müssen die angesprochenen Entwicklungen in einen breiteren Zusammenhang gebracht werden. Viele dieser neuen Herausforderungen lassen sich zwar nicht vollständig, aber zumindest im Ansatz beschreiben und einordnen. Die Hervorbringung der Sozialdemokratie als Ausdruck emanzipatorischer und partizipatorischer Interessen ist auf das Engste mit der industriellen Revolution verknüpft. Die gegenwärtig ablaufende Entwicklung wird mittlerweile landläufig als vierte industrielle Revolution bezeichnet. Ihr Kennzeichen ist der Einsatz von Informationstechnologie in allen Fertigungsbereichen bei weitgehender Vernetzung sämtlicher am Produktionsprozess beteiligten Anlagen.

Während schon bei der klassischen Industrierobotik Computer eine zentrale Rolle spielten, haben sie heute eine weitgehende Dominanz erreicht. Die Entwicklung verläuft hier vom Aufkommen von Großrechenanlagen in den 1950er Jahren über die massenhafte Einführung von Desktop-PCs in den 1980er Jahren bis zur seit den 1990er Jahren stattfindenden Vernetzung aller digitalen Geräte



miteinander, aus der die sich heute entfaltende Superstruktur in Gestalt von miteinander integrierten Produktions-, Wissens- und auch sozialen Netzwerken entstanden ist.

Getrieben wird die aktuelle Weiterentwicklung der Digitalisierung vor allem durch vier Trends:

1. Die Miniaturisierung der Endgeräte, die sich heutzutage fast überall verbauen und einsetzen lassen.
2. Die exponentielle Zunahme von Sensoren und SIM-Karten, die Grundlage des Datenaustauschs sind.
3. Die konstante Steigerung der vorhandenen Rechenleistung seit den 1960er Jahren.
4. Die massenhafte Verfügbarkeit von Daten an sich, welche die Grundlage für alle Big Data-Modelle sind.

Diese Entwicklungen verändern Arbeit auf allen Ebenen: in der Wissens- und Dienstleistungsarbeit, in der staatlichen Verwaltung und zunehmend auch in den sozialen Berufen. Im Zentrum der Diskussion steht aber zurzeit die Industriearbeit. Die heute als Industrie 4.0 diskutierten neuen Produktionsmodelle fußen auf den o.g. Entwicklungen und begründen im Zuge ihrer Entfaltung ein neues „soziales System der Produktion“ (Werner Abelshäuser). Im Kern kann man sagen: Die Produkte werden selbst intelligent und steuern sich autonom durch die unterschiedlichen Stationen des Fertigungsprozesses.

Die Folgen dieser Entwicklung werden weitreichend sein: großflächige Substitution von menschlicher Arbeit durch Maschinen, das Verschwinden ganzer Berufsgruppen z.B. in Logistik und Disposition, eine weitgehende Entmenschlichung materieller Produktionsprozesse und ein massiv erhöhtes Innovationstempo, das zur Zunahme von Cloud- und Crowd-Working jenseits des Normalarbeitsverhältnisses führt. Auf der Haben-Seite stehen aber auch neue Chancen für die Humanisierung der Arbeit durch intelligente Robotik und die Durchsetzung von Modellen der diversifizierten Qualitätsproduktion auf bislang unerreichtem Niveau. Gleichzeitig entstehen in der Software- und IT-Industrie neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Es wäre aber voreilig zu glauben, Industrie 4.0 sei nur ein willkommener Modernisierungstreiber für die deutsche Industrie. Dies übersieht einen grundlegenden Strukturwandel der Wirtschaft, in dessen Folge Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der Schwerindustrie tendenziell an Bedeutung verlieren, während Unternehmen des Digitalsektors in fast allen relevanten Kategorien wie Umsatz, Marktwert, Innovation, Kultur und Personalpolitik zu Vorreitern werden. Dies zieht auch geografische Verschiebungen nach sich: das Silicon Valley wird zum globalen Epizentrum der Wertschöpfung.



Spätestens der Blick auf dieses Tal in der Nähe San Franciscos macht deutlich, wie sich Arbeit – und gerade auch qualifizierte Wissensarbeit – in der digitalen Ökonomie verändern wird. Auch hier kommen die Veränderungen langsam und oft unscheinbar, aber dennoch mit Nachdruck und unaufhaltsam. Digitale und vernetzte Arbeit ist heute schon Grundlage vieler Sektoren und Branchen der Volkswirtschaft – von der Dienstleistungsbranche über Produktion, Vertrieb und Service bis hin zur IT- und Kreativwirtschaft. Dabei verändern sich sowohl die Arbeitsinhalte als auch die grundlegenden Strukturen der Arbeit – und dies für immer mehr arbeitende Menschen. Gegenwärtig gibt es einen neuen Schub zur weiteren Digitalisierung der Dienstleistungsarbeit. Hiervon sind bis zu drei Viertel aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor betroffen – Freiberufler wie Angestellte.

Digitale Arbeit kann als gleichzeitige Ermöglichung und potenzielle Verausgabung verstanden werden. Neben neuen Formen der Belastung, der Gefahr einer Re-Taylorisierung der Arbeit durch digitale Mittel der Leistungsmessung und gewaltigen Strukturbrüchen in den Anforderungsprofilen und Kapazitätsnachfragen nach Arbeit bietet die Entwicklung auch enorme Chancen: flexible Arbeitsmodelle und -zeiten entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei aller Ambivalenz der ablaufenden Entwicklung wird klar: Im digitalen Zeitalter entsteht eine neue Schutzbedürftigkeit der Arbeitnehmer. Denn die Entkoppelung von Raum und Zeit in der digitalen Arbeitsgesellschaft hat auch die Tendenz, die Trennung von Privat und Arbeit gleich mit aufzuheben.

Wie wird die Arbeitswelt angesichts derartiger Entwicklungen in 15 Jahren aussehen? Was werden wesentliche Einflüsse auf den Arbeitsalltag, Anforderungen und Beschäftigungspotenziale sein? Relativ klar kristallisieren sich technologische Entwicklungen heraus, die Spuren auch im Arbeitsleben hinterlassen werden: Schon heute sind erhebliche Fortschritte in Techniken der Verknüpfung künstlicher Intelligenz mit Data Mining, Machine Vision und Computational Statistics erkennbar. Zunehmend werden Maschinen lernfähiger und intelligenter. Damit können sie auch solche Denkarbeiten übernehmen, die traditionell den Menschen vorbehalten waren.

Fortlaufend verbesserte Algorithmen ermöglichen auf Basis immer größerer Datenberge die Simulation menschlicher mentaler Leistung. Vor wenigen Jahren noch als abstrakte Zukunftsvisionen eingestufte Entwicklungen wie fahrerlose Fahrzeuge, lernende Roboter oder digitale Diagnosesysteme zeigen das Potenzial datenbasierter Annäherungen an das menschliche Leistungsvermögen. Einzelne menschliche Leistungen können so substituiert werden. Andere können aufgewertet werden. Die Maschinisierung menschlicher Arbeit kann dabei zu neuen Fließband-Produktionsformen führen – allerdings nun



digitalen. Arbeitskräfte, die relativ homogene Leistungen anbieten, werden zu Pools oder Crowds zusammengefasst, deren Fähigkeiten standardisier- und vergleichbar sind.

So ergeben sich Wertschöpfungsprozesse, die nur teilweise innerhalb einzelner Unternehmen vollzogen werden und häufig Organisationsgrenzen überschreiten. Die Mitglieder der Arbeits-Crowd könnten sich dabei zu einer Art digitalem Proletariat entwickeln. Sie könnte sich aber auch aus souveränen Einzelunternehmern zusammensetzen, die selbstbewusst und selbstbestimmt ihre auf hohen Qualifikationen basierenden Arbeitskapazitäten versteigern. Manche Experten merken an, dass auf anonymen Spot-Arbeitsmärkten solche Arbeitskräfte profitieren könnten, die heute aufgrund von Herkunft, körperlichen oder sozialen Beeinträchtigungen benachteiligt werden. Im Hinblick auf die Arbeit der Zukunft entfaltet sich also ein Spannungsfeld, das zwischen Utopie und Dystopie verläuft. Am einen Ende des Spektrums zeichnet sich das Schreckensbild der Entmündigung, Fremdbestimmung und totalen Überwachung ab. Am anderen Ende tummeln sich souveräne Lebensunternehmer, die sich aus Begeisterung und Spaß immer dann und dort in den Arbeitsprozess einbringen, wo es ihnen am besten passt.

Schon heute zeichnet sich eine Reihe neuer arbeitsrechtlicher Fragen ab, so etwa Lizenzen und Zulassungen von Maschinen, digitale Ruhezeiten, die Reichweite tarifärer Vereinbarungen angesichts zunehmend ortloser Produktionsweisen, das geistige Eigentum an Arbeitsleistungen oder die trennscharfe Unterscheidung zwischen Selbständigkeit und der Zugehörigkeit zu einem oder mehreren Arbeitgebern. Auch Fragen der Arbeitszeiten, der Qualifikation oder Lebensarbeitszeit stellen sich bereits heute laufend neu. Dabei ist es gerade für die Organisation von Arbeitnehmerinteressen wichtig, dass keine blinden Flecken entstehen, kein internationales digitales Sub-Proletariat, das ohne Vertreter bleibt. Die Organisation einer flexiblen, ja fluiden digitalen Arbeiterschaft wird so wichtig und komplex, dass sich auch Unternehmen nicht dem Druck entziehen können, hier Lösungen anzubieten.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Konzepte guter digitaler Arbeit („Arbeiten 4.0“) mehr und mehr an Bedeutung. Generell ist digitale Arbeit in Deutschland zur Zeit dadurch gekennzeichnet, dass der alte Regulierungsrahmen der Industriegesellschaft auf die neuen Verhältnisse der digitalen Ökonomie angelegt wird, z.B. die starre Unterscheidung von Arbeit und Freizeit oder die starke Bindung des Arbeitsrechts an die Örtlichkeiten des Arbeitgebers. Gute digitale Arbeit ist eine Herausforderung für den gesamten Standort Deutschland. Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte sind dazu angehalten Modelle zu entwickeln, in denen auch die Beschäftigten von der Flexibilisierung der Arbeit durch Zugewinne an räumlicher und zeitlicher Dispositionsfreiheit profitieren und der digitale Stress



eingedämmt wird. Aufgabe der Politik ist es, die Normen und Regelwerke der Arbeitspolitik an die Verhältnisse der digitalen Gesellschaft anzupassen.

Denn neben potenziellen Freiheitsgewinnen der Digitalisierung treten neue Abhängigkeiten und „Entsicherungen“. Nur mit dem entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmen kann die digitale Vernetzung in der Arbeit Freiheitsräume eröffnen und humanisierende Potenziale heben. Deswegen gibt es in der Sozialdemokratie richtigerweise die Forderung nach einer „Netzarbeitspolitik“. Generell gilt: Gewerkschaftliche und politische Anstrengungen müssen darauf ausgerichtet werden, die Gestaltung der neuen Arbeitsregime nicht allein den Produktivitätsinteressen der Arbeitgeber zu überlassen.

Leitende Paradigmen für eine Politik der guten digitalen Arbeit sind aus unserer Sicht:

1. Nutzung der Gestaltungsspielräume, die sich aufgrund der räumlichen und zeitlichen Disponibilität von vernetzter Arbeit eröffnen – künftig nicht mehr nur noch getrieben durch Interessen der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer.
2. Minimierung von Belastungen, wie sie aus der vielfach entgrenzenden Wirkung digitaler Vernetzung entstehen.
3. Individuelle und kollektive Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechte im Netz – vor allem da, wo der Betrieb „das Netz“ ist und damit verbunden die Weiterentwicklung von Mitbestimmungs- und Partizipationsmechanismen.
4. Anpassung der Sozialsysteme an die veränderten Rahmenbedingungen von Arbeit.

7. SOZIALDEMOKRATISCHE WERTEPOLITIK IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT

Die hier analysierten Bereiche bieten lediglich exemplarisch Aufschluss bei der Erkundung der Umriss der digitalen Gesellschaft. Weitere Analysen z.B. zu demokratischen Herausforderungen der Digitalisierung, neuen sozialen Steuerungstechnologien auf der Grundlage von Big Data, zur Ressourceneffizienz, zu veränderter Kulturproduktion, zu neuen sozialen Interaktionsmustern und zu vielen anderen Bereichen wie der Zukunft des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Verwaltung wären notwendig, um eine auch nur halbwegs vollständige Bestandsaufnahme der Dynamik der digitalen Gesellschaft zu erzielen. Die Janusköpfigkeit der aktuell ablaufenden Entwicklung dürfte aber auch so deutlich geworden sein: Dem globalen Freiheits- und Fortschrittsversprechen der Digitalisierung stehen zahlreiche neue Restriktionen und Gefährdungen entgegen.

Die Enthüllungen über die Tätigkeit von NSA & Co. haben die Verletzlichkeit unserer digitalen Kommunikationsinfrastrukturen eindrucksvoll offen gelegt. Als Verbraucher kennen wir die kleinen und



großen Betrugsversuche im Internet, als politisch engagierte Menschen die Wucht und Diffamierungsmacht eines ShitStorms. Und als Europäer schätzen wir die vieldimensionale Pluralität, die unsere Identitäten prägt und durch die Übermacht der monokulturell ausgeprägten „kalifornischen Ideologie“ der Internet-Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes gefährdet wird. All dies zeigt die Ambivalenz und Verletzlichkeit europäischer, deutscher und auch sozialdemokratischer Grundwerte in der der sich digitalisierenden Gesellschaft.

Wir stehen hier übrigens nicht nur vor deutschen Fragen. Im Gegenteil: Der europäischen Ebene kommt bei der Gestaltung des digitalen Wandels eine besondere Aufgabe zu, wie z.B. die Notwendigkeit des Neudenkens des europäischen Sozialmodells klar macht. Mehr noch als in anderen Politikfeldern gilt, dass die nationalstaatlichen Gestaltungsdimensionen im Bereich der Digitalisierung tendenziell kleiner werden. Umso mehr rückt Europa in den Vordergrund. Auch deswegen brauchen wir einen Klärungsprozess zur künftigen Rolle Europas. Unser Kontinent ist nicht nur Geburtsort der Demokratie, sondern auch der Industrie. Zur sozialdemokratischen Grundwertediskussion im 21. Jahrhundert gehört deswegen auch die Frage, ob wir z.B. bei der Herstellung von IT-Produkten maßgeblich von den USA abhängig sein wollen oder eigene Wege gehen möchten. Der Schluss könnte naheliegen, dass Demokratie und Selbstbestimmung in der digitalen Gesellschaft nur durch massive eigene Investitionen in Zukunftstechnologien gesichert werden können. Wertepolitik würde so plötzlich zur Wirtschaftsförderung – und müsste entsprechend priorisiert und vorangetrieben werden.

Die prekäre Sandwich-Situation, in der gerade Deutschland sich befindet, kann auch zur Gefährdung unseres sozialen Systems der Produktion und damit eines der wesentlichen Orientierungspfeiler sozialdemokratischer Programmatik führen. Wenn China das Maschinenhaus und damit der Ort der materiellen Produktion der Welt wird, während die USA die Softwareproduktion und das Design der Produkte dominieren, könnte Deutschland seinen selbstgewiss wahrgenommenen Status als Industrienation und Ausrüster der Welt schnell verlieren. Die momentane Prognose, dass das Internet der Dinge sich nahtlos in die deutsche Tradition der industriellen Robotik fügt und uns so enorme Zukunftspotenziale eröffnet, könnte sich schnell als naiv erweisen. Käme es so weit, müssten wir den Wert von Begriffen hinterfragen, auf die auch wir als Sozialdemokraten stolz sind: Fachlichkeit und Beruflichkeit, Profession und Organisation. Auch deswegen müssen wir uns der Diskussion um die Digitalisierung stellen.

All dies dürfte deutlich gemacht haben: Wer im Sinne der sozialdemokratischen Grundwerte die Grundrechte des Einzelnen und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt schützen will, der muss



die Digitalisierung gestalten. Die Sozialdemokratie, die die Industrialisierung gestaltet und die von ihr entfesselten Kräfte in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und individuelle Freiheitsrechte überführt hat, ist dazu nicht nur besonders gut in der Lage, sie ist geradezu verpflichtet diese Gestaltungsaufgabe anzunehmen.